

§ 1 Die Grundsätze des Zivilprozesses („Prozessmaximen“)

I. Dispositionsmaxime („Verfügungsgrundsatz“)

1. **Parteiherrschaft bezüglich Verfahrenseinleitung und -beendigung**
2. **Parteiherrschaft bezüglich des Gegenstandes des Verfahrens**

II. Beibringungsgrundsatz („Verhandlungsmaxime“)

1. Dem Gericht beizubringen sind die zur Entscheidung erforderlichen *Tatsachen*
2. Dem Gericht beizubringen ist die *Beweisbedürftigkeit* einer Tatsache
3. Dem Gericht beizubringen sind die *Beweismittel*

III. Grundsatz der Mündlichkeit

IV. Grundsatz der Unmittelbarkeit

V. Grundsatz der Öffentlichkeit

VI. Grundsatz des rechtlichen Gehörs

VII. Grundsatz der Prozessbeschleunigung („Konzentrationsmaxime“)

§ 2 Die Einleitung eines ordentlichen Erkenntnisverfahrens

I. Durch Erhebung einer Klage

1. Prozessuale Wirkung

- a) *Begründung der Rechtshängigkeit*
- b) *Ausschluss weiterer Klagen desselben Streitgegenstandes zwischen denselben Parteien*
- c) *Fortdauer einmal begründeter Zuständigkeit (perpetuatio fori)*

2. Materiell-rechtliche Wirkung

- a) *Hemmung der Verjährung*
- b) *Haftungsverschärfung*

II. Klagearten

1. Leistungsklage

2. Feststellungsklage

3. Gestaltungsklage

III. Die Widerklage

1. Wesen und Funktion

2. Rechtshängigkeit der Klage

3. Zuständigkeit

4. Prozessart

5. Problem: Widerklage gegen einen am Prozess bisher nicht beteiligten Dritten

§ 3 Der Gegenstand des ordentlichen Erkenntnisverfahrens („Streitgegenstand“)

I. Bedeutung

II. Bestimmung

- 1. Materiell-rechtliche Auffassung**
- 2. Prozessuale Auffassung (h.M: zweigliedriger Streitgegenstandsbegriff)**
- 3. Relative Theorie (Lehre vom variablen Inhalt des Streitgegenstandsbegriffs)**

§ 4 Die Sachurteilsvoraussetzungen

I. Terminologie

- 1. Prozess-, Sachurteils- oder Zulässigkeitsvoraussetzungen?**
- 2. Unterschied zwischen der Zulässigkeit, Schlüssigkeit und Begründetheit einer Klage sowie der Substantiiertheit eines Vorbringens**

II. Die Reihenfolge der Prüfung

- 1. Erst Sachurteils-, dann Begründetheitsvoraussetzungen**
- 2. Innerhalb der Sachurteilsvoraussetzungen: Prüfung nach Zweckmäßigkeit**

III. Die Voraussetzungen im einzelnen

- 1. Ordnungsgemäße Klageerhebung**
- 2. Parteifähigkeit**
- 3. Prozessfähigkeit**
- 4. Deutsche Gerichtsbarkeit**
- 5. Eröffnung des Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten**
- 6. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts**
 - a) Sachliche Zuständigkeit*
 - b) Örtliche Zuständigkeit („Gerichtsstand“)*
 - aa) Arten von Gerichtsständen (allgemeiner Gerichtsstand, ausschließliche und besondere Gerichtsstände)*
 - bb) Die Gerichtsstandsvereinbarung, § 38*
 - c) Sachliche/örtliche Zuständigkeit infolge rügelosen Einlassens, § 39*
 - d) Funktionelle Zuständigkeit*
 - e) Internationale Zuständigkeit*
 - f) Zuständigkeit infolge gerichtlicher Bestimmung gem. § 36 oder Bindung gem. § 281 II 4*
- 7. Prozessführungsbefugnis**
 - a) Wenn Schutz eigenen Rechts begehrt wird*

b) Wenn Schutz fremden Rechts begehrt wird („Prozessstandschaft“)

8. Postulationsfähigkeit

9. Keine entgegenstehende Rechtshängigkeit oder Rechtskraft

10. Erfolgloser Einigungsversuch vor Gütestelle i.S.v. § 15a EGZPO

11. Keine Rüge des Fehlens verzichtbarer Sachurteilsvoraussetzung

12. Kein Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses

§ 5 Die prozessualen Pflichten der Parteien

I. Die Pflicht zur vollständigen und wahrheitsgemäßen Erklärung („Wahrheitspflicht“)

II. Die Pflicht zur Erklärung über die von dem Gegner behaupteten Tatsachen („Erklärungspflicht“)

1. Erklärung durch Bestreiten

2. Erklärung durch Zugeständnis (Nichtbestreiten) oder durch gerichtliches Geständnis

3. Erklärung mit Nichtwissen

III. Die Pflicht zu rechtzeitigem Vorbringen von Angriffs- und Verteidigungsmitteln („Prozessförderungspflicht“)

1. Die allgemeine Prozessförderungspflicht

2. Die durch richterliche Fristsetzung konkretisierte Prozessförderungspflicht

3. Mögliche Folgen einer Verletzung der Prozessförderungspflicht

a) Auferlegung der hierdurch verursachten Kosten, § 95

b) Auferlegung einer Verzögerungsgebühr, § 38 GKG

c) Erlass eines VU bei Versäumung der Frist z. Verteidigungsanzeige, § 331 II

d) Präklusion verspäteten Vorbringens, § 296

aa) Bei Verletzung der allgemeinen Prozessförderungspflicht

bb) Bei Verletzung konkretisierter Prozessförderungspflicht

IV. Die Pflicht zur rechtzeitigen Rüge von Zulässigkeitsmängeln

§ 6 Die Angriffs- und Verteidigungsmittel der Parteien

I. Behauptungen

II. Bestreiten („Klageleugnen“)

III. Erheben prozessualer Einreden

1. Zum Begriff der prozessualen Einrede

2. Die verschiedenen Arten prozessualer Einreden

a) Rechtshindernde

b) Rechtsvernichtende

- aa) Beispiele
- bb) Besonderheiten bei der Einrede der Aufrechnung
 - (1) Anordnung getrennter Verhandlung und Erlass eines Vorbehaltsurteils möglich
 - (2) Rechtskraftfähigkeit der Entscheidung über das Nichtbestehen der Gegenforderung
 - (3) Mit der Einrede der Aufrechnung zusammenhängende Fragen
- c) *Rechtshemmende Einreden*

IV. Beweisantritte

V. Beweiseinreden

§ 7 Die Beweisaufnahme

I. Beweisbedürftigkeit als Voraussetzung

- 1. Tatsache**
- 2. Entscheidungserheblichkeit**
- 3. Streitigkeit**
- 4. Keine Beweisbedürftigkeit**

- a) *Zugestandene Tatsachen, §§ 138 III, 288*
- b) *Offenkundige Tatsachen, § 291*
- c) *Vermutete Tatsachen, § 292*
- d) *Zur Überzeugung des Gerichts bereits feststehende Tatsachen*
- e) *Tatsachen, die zur Begründung einer bereits mit prozessualer Bindungswirkung bejahten oder verneinten Rechtsfolge angeführt werden*
- f) *Rechtssätze, es sei denn, es handelt sich um Sätze ausländischen Rechts, § 293*

II. Die Abgrenzung des Beweises von der Glaubhaftmachung

III. Die verschiedenen Arten von Beweisen

- 1. Unterscheidung nach der gesetzlichen Regelung der Beweisaufnahme: Streng- und Freibeweis**
- 2. Unterscheidung nach dem Ziel der Beweisführung: Haupt- und Gegenbeweis**
- 3. Unterscheidung nach dem Gegenstand des Beweises: Unmittelbarer und mittelbarer Beweis („Indizienbeweis“)**

IV. Die gesetzlich geregelten („förmlichen“) Beweismittel

- 1. Beweis durch Augenschein (§§ 371 ff.)**
- 2. Zeugenbeweis (373 ff.)**
- 3. Beweis durch Sachverständige (§§ 402 ff.)**
- 4. Beweis durch Urkunden (§§ 415 ff.)**
- 5. Beweis durch Parteivernehmung (§§ 445 ff.)**
- 6. Die amtliche Auskunft (vgl. § 358a S. 2 Nr. 2)?**

V. Das Verfahren der Beweisaufnahme

- 1. Der Beweisantritt**

2. Die Anordnung der Beweiserhebung als Grundsatz

3. Gründe für eine Ablehnung

- a) Ungenauigkeit des Beweisthemas („Ausforschungsbeweis“)*
- b) Unstatthaftigkeit der Beweiserhebung*
- c) Bestehen eines Beweisverwertungsverbotes*
- d) Sonstige Ablehnungsgründe*

4. Grundsätze des Beweisaufnahmeverfahrens

5. Beweisvereitelung

§ 8 Die Beweiswürdigung

I. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung

II. Bindung an gesetzliche Beweisregeln nur im Ausnahmefall

III. Von der Würdigung ausgeschlossene Beweise („Beweisverwertungsverbote“)

§ 9 Das Beweismaß

I. § 286: Überzeugung von der Wahrheit

II. Absenkung auf Wahrscheinlichkeitsurteil?

III. Der „Beweis des ersten Anscheins“: Ein Hilfsmittel zur Begründung richterlicher Überzeugung

1. Bedeutung der „prima facie“

2. Voraussetzungen

3. Wirkung

4. Beispiele für Bejahung bzw. Verneinung eines ersten Anscheins

§ 10 Die Beweislast

I. Bedeutung

1. Subjektive Beweislast („Beweisführungslast“)

2. Objektive Beweislast (Last des „non liquet“)

3. Abgrenzung

a) Behauptungslast („Darlegungslast“)

b) Beweiswürdigung

II. Die Funktion der objektiven Beweislast

III. Die Verteilung der objektiven Beweislast

1. Die Grundregel und ihre materiell-rechtliche Natur

2. Beispiele für die Grundregel

3. Die Veränderung der Grundregel

- a) *Kraft Gesetzes*
- b) *Kraft Gewohnheitsrechts (infolge richterlicher Rechtsfortbildung)*
- c) *Kraft Privatrechtsgeschäfts*
- d) *Problemfall: Arzthaftungsprozess*

§ 11 Klagehäufung

I. Anspruchshäufung („objektive Klagehäufung“)

1. Wesen

- a) *Mehrheit von prozessualen Ansprüchen*
- b) *Verbunden in einer Klage*
 - aa) *Verbunden kraft Parteiprozesshandlung*
 - bb) *Verbunden kraft gerichtlicher Prozesshandlung*

2. Zulässigkeit

- a) *Identität der Parteien*
- b) *Zuständigkeit des Prozessgerichts für sämtliche Ansprüche*
- c) *Dieselbe Prozessart*
- d) *Keine Unstatthaftigkeit der Verbindung*

3. Folge

- a) *Im Falle der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit einer Anspruchshäufung*
 - aa) *Zusammenrechnung der Streitwerte im Hinblick auf sachliche Zuständigkeit*
 - bb) *Gemeinsame Verhandlung und ggf. Beweiserhebung*
 - cc) *Ggf. gemeinsame Entscheidung*
- b) *Im Falle ihrer Unzulässigkeit oder Unzweckmäßigkeit: Verfahrenstrennung*

4. Arten

- a) *Kumulative Anspruchshäufung*
- b) *Eventuelle Anspruchshäufung*
- c) *Alternative Anspruchshäufung?*

II. Streitgenossenschaft („subjektive Klagehäufung“)

1. Wesen

2. Begründung

- a) *Durch Parteiakt, §§ 59 f.*
- b) *Durch Gerichtsakt, § 147*

3. Zulässigkeit

- a) *Zweckmäßigkeit gemeinsamer Verhandlung gem. §§ 59 f.*
- b) *Vorliegen der Voraussetzungen von § 260*

4. Arten

- a) *Ursprüngliche und nachträgliche Streitgenossenschaft*
- b) *Aktive und passive Streitgenossenschaft*
- c) *Einfache und notwendige Streitgenossenschaft*
- d) *Eventuelle Streitgenossenschaft?*

5. Folge

- a) *Gleichzeitige Verhandlung und Entscheidung der mehreren Klagen*
- b) *Jede Prozesshandlung wirkt grds. nur für und gegen den Streitgenossen, der sie vorgenommen hat (Grundsatz der rechtlichen Selbständigkeit der Streitgenossen)*
- c) *Ausnahme vom Grundsatz der rechtlichen Selbständigkeit: notwendige Streitgenossenschaft*

§ 12 Klageänderung

I. Wesen

1. **Änderung von Klageantrag oder Klagegrund („Lebenssachverhalt“)**

2. **Beispiele**

II. Voraussetzung der Zulassung

1. **Einwilligung des Beklagten, § 263 1. Alt.**

2. **Oder Sachdienlichkeit, § 263 2. Alt.**

3. **Oder Vorliegen eines der in § 264 genannten Tatbestände (= Änderungen, die kraft Gesetzes nicht „als eine Änderung der Klage“ anzusehen sind)**

- a) *Ergänzung oder Berichtigung der tatsächlichen oder rechtlichen Ausführungen (Nr. 1)*
- b) *Erweiterung oder Beschränkung des Klageantrags in der Hauptsache oder in Bezug auf Nebenforderungen (Nr. 2)*
- c) *Forderung eines anderen Gegenstandes oder des Interesses statt des ursprünglichen Gegenstandes wegen einer später eingetretenen Veränderung (Nr. 3)*

III. Wirkung der Zulassung

1. **Begründung der Rechtshängigkeit des neuen Streitgegenstandes**

2. **Beendigung der Rechtshängigkeit des alten Streitgegenstandes**

- a) *Bei einer Klageänderung mit Einwilligung des Beklagten (§ 263 1. Alt.)*
- b) *Bei vom Gericht als sachdienlich erachteter Klageänderung (§ 263 2. Alt.)*
- c) *Bei vom Gesetz als sachdienlich erachteter Klageänderung (§ 264)*

3. **Unanfechtbarkeit**

IV. Folge einer Nichtzulassung

§ 13 Parteiänderung

I. **Abgrenzung von der Berichtigung einer falschen Parteibezeichnung**

II. **Die gesetzlich geregelten Fälle einer Parteiänderung**

1. **Parteibeitritt**

2. **Parteiwechsel**

III. Die gewillkürte Parteiänderung

1. Parteierweiterung

- a) Auf Beklagtenseite*
- b) Auf Klägerseite*

2. Parteiwechsel

- a) Auf der Beklagtenseite*
- b) Auf Klägerseite*

§ 14 Die Beendigung des Erkenntnisverfahrens

I. Durch Prozesshandlung der Partei(en)

1. Durch Rücknahme der Klage

- a) Wesen*
- b) Wirkung*
- c) Wirksamkeitsvoraussetzungen*
 - aa) Bei Klagerücknahme vor mündlicher Verhandlung*
 - bb) Bei Klagerücknahme nach Beginn der mündlichen Verhandlung*

2. Durch übereinstimmende Erledigungserklärung

- a) Wesen und Wirkung*
- b) Wirksamkeitsvoraussetzungen*
- c) Abgrenzung zur einseitigen Erledigungserklärung*
- d) Kostenentscheidung*

3. Durch Prozessvergleich

- a) Bedeutung*
- b) Wesen*
- c) Wirkung*
 - aa) Prozessuale*
 - bb) Materiell-rechtliche*
- d) Wirksamkeitsvoraussetzungen*
 - aa) Anhängigkeit eines Rechtsstreits*
 - bb) Abgabe entsprechender Erklärungen vor einem deutschen Gericht*
 - cc) Prozesshandlungs- und Postulationsfähigkeit des Erklärenden*
 - dd) Wahrung der vorgeschriebenen Form*
- e) Folgen der Unwirksamkeit*
- f) Arten und Abgrenzung*

II. Durch Prozesshandlung des Gerichts

III. Das Urteil

1. Wesen

2. Form

3. Wirkung

- a) Unmittelbar*
 - aa) Innerprozessual: Bindungswirkung gem. § 318*
 - bb) Außerprozessual: Materielle Rechtskraft*
- b) Mittelbar*

- aa) Tatbestandswirkung
- bb) Präjudizienwirkung

4. Erlass

5. Arten

§ 15 Besonderer Verlauf des Erkenntnisverfahrens

I. Der Erlass eines Versäumnisurteils

1. Bedeutung

2. Terminologie

3. Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils

- a) *Termin zur mündlichen Verhandlung bzw. Setzung einer Frist zur Verteidigungsanzeige*
- b) *Versäumnis*
- c) *Prozessantrag der erschienenen Partei*
- d) *Zulässigkeit der Klage*
- e) *Bei VU gegen Beklagten:*
 - aa) *Schlüssigkeit der Klage*
 - bb) *Rechtzeitige schriftsätzliche Mitteilung neuen Vorbringens oder Antrags*
- f) *Bei VU gegen den Kläger dagegen weder Schlüssigkeits- noch Erheblichkeitsprüfung*
- g) *Ordnungsgemäße Ladung bzw. Mitteilung der Frist für Verteidigungsanzeige und Belehrung*
- h) *Keine unverschuldete Säumnis*

4. Der Einspruch

- a) *Statthaftigkeit*
- b) *Frist*
- c) *Form*
- d) *Folge*
 - aa) *Bei Unzulässigkeit: Verwerfung durch Urteil*
 - bb) *Bei Zulässigkeit: Zurücksetzung des Prozesses in die Lage vor Eintritt der Versäumnis*

5. „Flucht in die Säumnis“

6. Das zweite Versäumnisurteil

II. Die Entscheidung nach Lage der Akten

1. Gem. § 331a

2. Gem. § 251a

III. Die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung

IV. Der Stillstand des Verfahrens

1. Die Unterbrechung des Verfahrens

2. Die Aussetzung des Verfahrens

3. Das Ruhen des Verfahrens

§ 16 Rechtsmittel

I. Zum Wesen des Rechtsmittels

1. Wirkung

- a) *Hemmung der Rechtskraft (Suspensiveffekt)*
- b) *Übergang der Entscheidungskompetenz auf das Rechtsmittelgericht (Devolutiveffekt)*

2. Funktion

- a) *Schutz subjektiver Interessen: Gewährung von Rechtsschutz*
- b) *Schutz objektiver Interessen: Gewährleistung von Rechtssicherheit*

II. Allgemeines zum Rechtsmittel

1. Zulässigkeit vor Begründetheit

2. Gemeinsame Zulässigkeitsvoraussetzungen

- a) *Statthaftigkeit des Rechtsmittels*
- b) *Beschwer („gravamen“)*
 - aa) *Formelle Beschwer*
 - bb) *Materielle Beschwer?*
- c) *Kein wirksamer Rechtsmittelverzicht*
- d) *Form, Frist*
- e) *Begründung*

III. Das Rechtsmittel der Berufung

1. Funktion

2. Zulässigkeit

- a) *Statthaftigkeit*
- b) *Erreichen der Erwachsenenheitssumme oder Zulassung der Berufung bei deren Nichterreichen*
- c) *Funktionelle Zuständigkeit*
- d) *Frist*
- e) *Form*
- f) *Beschwer*

3. Begründetheit

4. Prüfungsfolge

- a) *Zulässigkeit*
- b) *Erfolgsaussichten*
- c) *Begründetheit*
 - aa) *Fehlerhafte Rechtsanwendung*
 - bb) *Fehlerhafte Tatsachenfeststellung*
 - cc) *Zulassung neuer Angriffs und Verteidigungsmittel*

5. Anschlussberufung

- a) *Funktion*

- b) *Wesen*
- c) *Zulässigkeit*
 - aa) Vorliegen zulässiger Berufung
 - bb) Wahrung der Anschlussfrist
 - cc) Wahrung der Form

6. Entscheidung

- a) *Bei unzulässiger oder unbegründeter Berufung*
- b) *Bei zulässiger und begründeter Berufung*
 - aa) Abänderung des angefochtenen Urteils
 - bb) Zurückverweisung

II. Revision

1. Funktion

2. Zulässigkeit

- a) *Statthaftigkeit*
- b) *Funktionelle Zuständigkeit*
- c) *Beschwer*
- d) *Frist und Form*

3. Begründetheit

4. Anschlussrevision

III. Beschwerde

1. Wesen

2. Sofortige Beschwerde

- a) *Statthaftigkeit*
 - aa) Im *ersten* Rechtszug ergangene Entscheidung eines Amts- und Landgerichts
 - bb) Beschwerdefähigkeit dieser Entscheidung
- b) *Frist, Form*
- c) *Beschwer*
- d) *Verfahren und Entscheidung*
 - aa) Prüfung der Begründetheit durch den *iudex a quo*
 - bb) Prüfung der Beschwerde durch das Beschwerdegericht

3. Rechtsbeschwerde

- a) *Funktion*
- b) *Statthaftigkeit*
 - aa) Beschluss
 - bb) Ausdrückliche Bestimmung im Gesetz, § 574 I Nr. 1
 - cc) Zulassung, § 547 I Nr. 2
 - dd) Außerordentliche Beschwerde?
- c) *Zulässigkeitsvoraussetzungen*
 - aa) Vorliegen eines Zulassungsgrundes
 - bb) Frist, Form und Begründung der Rechtsbeschwerde
 - cc) Zuständiges Gericht
- d) *Begründetheit*

§ 17 Rechtskraft und ihre Durchbrechung